

Moderne Verwaltung – Vision oder Strategie?

- IT-Konsolidierung Bund -

- Ein Gastbeitrag des Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik, Herrn Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern -

(aus Behördenspiegel, Ausgabe Februar 2017, Bereich Digitaler Staat)

Im Mai 2015 hat die Bundesregierung durch den Kabinettsbeschluss zum „*Grobkonzept zur IT-Konsolidierung Bund*“ einen entscheidenden Schritt getan, um die Informationstechnik der Bundesverwaltung auch für die Zukunft effizient und sicher aufzustellen. Wesentlicher Treiber auf diesem Weg ist das ressortübergreifende Projekt „IT-Konsolidierung Bund“, das einen sehr komplexen Modernisierungsprozess der Bundesverwaltung umfasst und bis ins Jahr 2025 andauern wird.

Der Schutz staatlicher IT-Systeme vor Cyberangriffen hat dabei erste Priorität. Es gilt, Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität vor dem Hintergrund der sich zunehmend kritisch entwickelnden Cyberbedrohungslage zu gewährleisten. Wir müssen die Hoheit und Kontrollfähigkeit über die eigene IT dauerhaft erhalten. Auf technologische Trends wollen wir flexibel reagieren können. Ein leistungsfähiger, wirtschaftlicher, stabiler und zukunftsfähiger Betrieb ist sicherzustellen. Außerdem muss der Bund ein attraktiver Arbeitgeber für IT-Fachpersonal bleiben.

Mit der Betriebskonsolidierung, der Beschaffungsbündelung und der Dienstekonsolidierung haben wir drei Handlungsstränge aufgesetzt.

Die IT der unmittelbaren Bundesverwaltung ist derzeit auf etwa 1.200 Betriebsstätten verteilt. Die damit verbundenen Risiken und Effizienzpotentiale liegen auf der Hand. Jedes Rechenzentrum verursacht Aufwände, etwa für „State of the art“- Virenschutz und - Firewalls, für Gebäudesicherheit und Betriebspersonal. Durch eine Konsolidierung des IT-Betriebs auf wenige Rechenzentren mit entsprechender Standardisierung der Systemplattformen und Vereinheitlichung der IT-Sicherheitsstandards sollen die Kosten reduziert und ein angemessenes Sicherheitsniveau gewährleistet werden.

Außerdem werden die IT-Beschaffungsprozesse vereinheitlicht und in der zum 1. Januar 2017 gegründeten Zentralstelle für IT-Beschaffung (ZIB) im Beschaffungsbereich des BMI zentralisiert. Die Bündelung der Beschaffung unterstützt die Standardisierung der IT des Bundes und ermöglicht das Erschließen von weiteren Einsparpotenzialen beim Einkauf von IT-Komponenten.

Gleichzeitig wird insgesamt der „bunte Strauß“ an bisher genutzten Basis- und Querschnittsanwendungen auf ein Angebot an digitalen Lösungen mit maximal zwei Anwendungsplattformen je Funktionalität reduziert.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Die Verantwortung für die einzelnen Teilprojekte ist auf mehrere Ressorts verteilt. Die Steuerung des Konsolidierungsprozesses obliegt der beim BMI angesiedelten Gesamtprojektleitung. Die operative Ausführungsverantwortung liegt bei den einzelnen Teilprojektleitungen im BMF, BMAS, BMVI und BMVg. Die Steuerungsverantwortung für den Projekterfolg liegt beim IT-Rat, in dem die Ressorts auf Staatssekretärebene vertreten sind. Der IT-Rat wird von der Konferenz der IT-Beauftragten der Ressorts operativ unterstützt.

Das Jahr der Konzepte

Ein derart umfassendes Vorhaben bedarf einer guten Vorbereitung. Das Projekt liegt bisher gut im Zeitplan. Der Grundsatz: Eine gute und detaillierte Planung ist der erste wichtige Schritt für ein erfolgreiches Projekt. Daher war das Jahr 2016 quasi das „Jahr der Konzepte“. Das Grobkonzept „IT-Controlling Bund“, das „Zielbild IT-Beschaffung“, das Grobkonzept „Überführung des IT-Betriebs der Behörden in das ITZBund“, ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der IT-Steuerung des Bundes, der Rechenzentrums(RZ)-Konsolidierungsplan 2017-2019, die Architektur-Richtlinie und das Soll-Konzept Beschaffungsbündelung sind inzwischen vom IT-Rat beschlossen worden. Damit gewinnt das Projekt spürbar an operativer Dynamik.

Der RZ-Konsolidierungsplan legt die in den nächsten Jahren zu konsolidierenden Behörden sowie den Umgang mit Ausnahmefällen fest. Bis 30. Juni 2017 wird das Feinkonzept zur Überführung des IT-Betriebs der unmittelbaren Bundesbehörden erstellt, das

Hilfestellungen für die konkrete Umsetzung bieten soll. Die Behörden im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums werden ab 2017 sukzessive ihre IT-Betriebe überführen. Die Konsolidierung des BMI selbst ist ab 2018 vorgesehen.

Zukunftsfähige Anwendungen

Im Programm „*Gemeinsame IT des Bundes*“ werden zukunftsfähige Anwendungen und Dienste mit hoher Priorität entwickelt. Die schnelle und sichere Erledigung übergreifender Verwaltungsaufgaben bedarf zeitgemäßer, elektronischer Unterstützung. Grundlegende Voraussetzung ist die Realisierung von Infrastrukturangeboten wie Bundesclient, Bundescloud und eines ressortübergreifenden Identitätsmanagements.

Eine der prioritären Maßnahmen des Programms ist elektronische Akte, die bis 2020 als führendes System in der gesamten Bundesverwaltung zu implementieren ist. Das Vergabeverfahren für die *eAkte* läuft bereits. Sie wird auch über eine

Workflowkomponente verfügen und damit die Grundlage für eine Vielzahl anderer Anwendungen legen, zum Beispiel für die elektronische Gesetzgebung. Die öffentlichen Auftraggeber müssen bis November 2018 außerdem in der Lage sein, elektronische Rechnungen annehmen und verarbeiten zu können. In konsequenter Fortsetzung des Gesamtprozessgedankens wird parallel die Vielzahl von Beschaffungssystemen in einem zentralen E-Beschaffungsportal zusammengeführt. Ziel ist, dass der gesamte Prozess von der Bedarfsermittlung, der Ausschreibung und Vergabe bis zum Lieferanten-, Lizenz- und Vertragsmanagement in einem System abgebildet wird.

Das Projekt *eGesetzgebung* soll über die verschiedensten Verfassungsorgane hinweg einen durchgängigen medienbruchfreien, digitalen Ablauf eines Gesetzgebungs-Verfahrens des Bundes vom ersten Textentwurf über die Abstimmung und Beratung bis zur Verkündung ermöglichen.

Verbund der IT-Dienstleister

Zum 1. Januar 2016 wurden zunächst die Rechenzentren ZIVIT des BMF, BIT des BMI und DLZ-IT des BMVI im „Informationstechnikzentrum Bund“ (ITZBund) in Form einer Behörde im Geschäftsbereich des BMF organisatorisch vereint. Der IT-Rat hat im September 2016 beschlossen, dass das ITZBund ab 2019 die Rechtsform einer rechtsfähigen AöR erhält.

Die BWI Informationstechnik GmbH (der IT-Dienstleister des BMVg) wurde als 2. IT-Dienstleister neben dem ITZ-Bund etabliert. Damit steht für die Konsolidierung der IT-Betriebe ein zweiter Dienstleister zur Verfügung. In dem Verbund werden die Infrastruktur, Basis- und Querschnittsdienste entwickelt und betrieben. Wir verfolgen dabei einen „Full-Service-Ansatz“. Mit der Betriebskonsolidierung der einzelnen Kundenbehörden wird jeweils der zuständige IT-Dienstleister als „Single Point of Contact“ pro Kundenbehörde festgelegt. Der zuständige IT-Dienstleister ist anschließend gegenüber der Kundenbehörde allein verantwortlich für die Erbringung aller IT-bezogenen Dienstleistungen – unabhängig davon, von wem im Verbund die Leistungen tatsächlich erbracht werden. .

Wichtige Maßgabe ist hierbei, dass die Aufgabenerfüllung in den Behörden von der Konsolidierung nicht beeinträchtigt werden darf. Die derzeitige Qualität der IT-Unterstützung muss mindestens auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben.

Transparenz ist der Schlüsselfaktor

Für den Erfolg des Konsolidierungsvorhabens ist Transparenz von zentraler Bedeutung. Die verantwortlichen Interessenvertretungen sind zu jeder Zeit eng eingebunden und begleiten die einzelnen Schritte. Durch aktive Kommunikation soll der Konsolidierungsprozess für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachvollziehbar sein. Dieser umfassende Transformationsprozess muss zusätzlich durch ein Veränderungsmanagement auch innerhalb der Behörden aktiv begleitet werden. Das Informationsangebot über das Projekt wird laufend erweitert. Die CeBIT im kommenden März bietet auf dem Stand des Bundesinnenministeriums im Public Sector Parc eine gute Gelegenheit, sich näher über die konkreten Projekt-Planungen sowie das Angebot der IT-Dienstleister zu informieren.

Tragfähige Strategie

Aus meiner Sicht ist es uns gelungen, aus einer gemeinsamen Vision des Jahres 2015 eine tragfähige Lösung zu entwickeln. Es bedarf jedoch weiterhin die kontinuierliche Mitwirkung und Unterstützung aller Beteiligten, um die hoch gesteckten Ziele bis zum Jahr 2025 zu verwirklichen. Das Konsensprinzip in den Steuerungsgremien der Ressorts ist ein wesentlicher Baustein des Erfolges, setzt aber auch voraus, dass alle Beteiligten an einem

Strang ziehen und eigene Interessen im Sinne des großen Ganzen gelegentlich auch zurückstellen. Der regelmäßige offene und konstruktive Austausch erhöht die Transparenz über die Entscheidungen und hilft, den Transformationsprozess aktiv zu gestalten. Es ist unser gemeinsames Ziel einen leistungsfähigen und sicheren IT-Betrieb aufzubauen und verlässliche und zukunftsfähige Services anzubieten.

Weitere Informationen zur IT-Konsolidierung Bund sind der Homepage <http://www.cio.bund.de> zu entnehmen.